

“Klimaschutz”: Billionen für nichts! EU-Kommissarin Hedegaard gibt astronomischen Kapitalbedarf bekannt

geschrieben von Edgar Gärtner | 27. Februar 2011

Vor kurzem hat Accenture, die größte Unternehmensberatung der Welt, zusammen mit der Londoner Barclays-Bank, einer der zehn größten Banken der Welt, eine Studie mit dem Titel „Carbon Capital. Financing the low carbon economy“ vorgelegt, die den Kapitalbedarf für „Low Carbon Technologies“ (LCT) allein bis zum Jahre 2020 auf 2,9 Billionen Euro beziffert.

Nach dem „Energie-Klima-Paket“ der EU soll die EU bis zum Jahre 2020 ihre Emissionen von „Treibhausgasen“ um 20 und bis 2050 um 80 Prozent senken. Bis dahin soll die Stromversorgung fast zu 100 Prozent auf „treibhausgasarme“ Energiequellen – das heißt auf „erneuerbare“ Energien und/oder die Atomenergie – umgestellt sein. Wichtigster Hebel zur Ansteuerung dieses Ziels soll die Rationierung des CO₂-Ausstoßes durch Quoten und den Handel mit Emissionsrechten sein. Zwischentappe soll eine 20-prozentige Reduktion des Energieverbrauchs bis 2020 sein, und zwar hauptsächlich durch massive Investitionen in die Wärmedämmung von Gebäuden. Bis 2050 soll der Energieaufwand für die Gebäudeheizung um 90 Prozent reduziert werden.

Ursprünglich hatte die EU in den internationalen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum 2012 auslaufenden Kioto-Protokoll über die Reduktion von „Treibhausgasen“ sogar eine 30-prozentige Senkung ihres CO₂-Ausstoßes bis 2030 angeboten – allerdings nur unter der Bedingung, dass andere Unterzeichner des Kioto-Abkommens nachziehen. Das ist nicht geschehen. Die EU setzt ihre „Klimapolitik“ also im Alleingang fort und nennt das eine „Vorreiter-Rolle spielen“. Da bekannt ist, was Vorreitern droht, denen niemand nachfolgt, muss die EU-Klimakommissarin ihre Kostenschätzung relativieren. Die Klimaschutz-Investitionen entsprächen lediglich 1,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung in der EU und bewegten sich in der Größenordnung des Rückgangs der Investitionen in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise, argumentiert Kommissarin Hedegaard. Die Klimaschutz-Investitionen zahlten sich letzten Endes für alle aus, da sie Energiekosteneinsparungen von mindestens 175 Milliarden Euro im Jahr ermöglichten und zahlreiche Arbeitsplätze vor allem im Bausektor schaffen könnten, behaupten Connie Hedegaard und ihre Mitarbeiter. Dabei klammern die Brüsseler Bürokraten die Frage, ob nicht auf anderem Wege mit weniger Kapital weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, von vornherein aus.

Die Autoren des EU-Strategiepapiers haben also wohl bei ihrer Kostenschätzung aus naheliegenden Gründen systematisch untertrieben. Das zeigt der Vergleich mit der Studie von Accenture und Barclays Bank, die ohne Berücksichtigung der hohen Kosten für die obligatorische Gebäudeisolierung für die kommenden zehn Jahre auf deutlich höhere

Gesamtkosten des „Klimaschutzes“ kommt. In ihrer Kostenschätzung berücksichtigen Accenture und Barclays bei der Gebäudemodernisierung nur Solaranlagen und den Einbau „intelligenter“ Stromzähler. Die Aufwendungen für die Wärmedämmung liegen außerhalb des Fokus ihres Finanzierungsmodells. Dieses beruht hauptsächlich auf dem Verkauf „grüner“ Fondsanteile und Verbriefungen (securities) nach dem Muster der amerikanischen „Subprime“-Papiere. Auf diese Weise sollen 1,65 Billionen Euro aus externen Quellen mobilisiert werden.

In den insgesamt auf 2,9 Billionen Euro geschätzten Aufwendungen für LCT sind 600 Milliarden Euro Entwicklungskosten und 2,3 Billionen Euro Anschaffungskosten enthalten. Dabei entfallen allein auf Windräder und Photovoltaik-Anlagen 1,37 Billionen Euro – eine Summe, die ausreichen würde, um statt der unsteten „Alternativen“ zum Beispiel 230 zuverlässige große Kernkraftwerke mit je zwei Gigawatt Leistung zu bauen – was die Autoren der Studie und ihre Auftraggeber aber ausdrücklich ausschließen. Das wirft die Frage auf, warum eine Großbank Milliarden-Investitionen in unzuverlässige Technik empfiehlt. Warum werden in der Studie von Accenture und der Barclays-Bank die Perspektiven der verstärkten Nutzung „unkonventioneller“ Erdgas-Vorkommen ausgeblendet? (Erläuterung: Da bei der Verbrennung von Erdgas nur etwa halb so viel CO₂ freigesetzt wird wie bei der Verbrennung von Kohle, wären die Vorgaben der EU bis 2020 ganz bequem mit einer Steigerung des Erdgas-Einsatzes erreichbar.) Welche Hintergedanken haben den Beratern also die Feder geführt? Vermutlich sehen sie in der Finanzierung unzuverlässiger Technik über den von ihnen empfohlenen Verkauf undurchsichtiger Verbriefungen den besten Weg, um Gewinne privatisieren, Risiken und Verluste jedoch auf die öffentliche Hand beziehungsweise die Steuerzahler abwälzen zu können.

Die Accenture-Barclays-Studie zeigt nicht zuletzt, dass das größte Risiko für die Investmentbanken die Durchsetzung der Wahrheit über den Klimawandel ist. Deshalb tun sie alles, um in enger Zusammenarbeit mit der großen Politik Forschungsergebnisse zu unterdrücken, die ihnen nicht in den Kram passen. So heißt es schon in der einleitenden Zusammenfassung der Studie: *„Scientists broadly agree that if the world is to prevent irreversible climate change, levels of greenhouse gas emissions must be stabilized by 2015 and reduced in the years that follow.“* Das stimmt eindeutig nicht. Es gibt mindestens 850 von wissenschaftlichen Zeitschriften akzeptierte Arbeiten, die die Auffassungen der „Klima-Skeptiker“ stützen, dass „Treibhausgase“ keinen messbaren Einfluss auf Wetter und Klima haben können. Würden diese Arbeiten dem breiten Publikum bekannt, geriete das Geschäftsmodell von Barclays und anderen Großbanken ins Wanken. Deshalb baut die zitierte Studie auf eine enge Zusammenarbeit mit der Politik und den staatlichen Propaganda-Apparaten. Dabei ist es sicher aufschlussreich, dass der neue Geschäftsführer von Barclays Capital in den USA kein Geringerer als der einflussreiche Theodore Roosevelt IV ist. Dieser war zuvor Chef des Council on Climate Change von Lehmann Brothers und ist bestens mit dem Washingtoner World Resources Institute (WRI), verschiedenen Umweltverbänden und UN-Gremien vernetzt.

Aber selbst, wenn an der These vom menschengemachten „Treibhauseffekt“ durch CO2 etwas dran sein sollte, würden die Billionen teuren Investitionen der EU in „kohlenstoffarme“ Technologien nicht viel ändern. Denn während die EU ihre Wirtschaft und das Leben ihrer Bürger auf eine „kohlenstoffarme“ Diät setzt, nimmt in China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk seinen Betrieb auf. Hält dieser Rhythmus an, wird China schon in 20 Jahren allein über ein Viertel der weltweiten CO2-Emissionen verursachen, während die EU, die heute für knapp 18 Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich ist, dann kaum noch ins Gewicht fallen wird. Die europäischen Anleger und Steuerzahler werden die veranschlagten Billionensummen buchstäblich für nichts ausgegeben haben.
Edgar Gärtner EIKE

zuerst erschienen im Kopp Exklusiv und **eigentümlich frei**

Literatur:

Der Klimaschutz kostet Billionen

„Carbon Capital. Financing the low carbon economy“

Theodore Roosevelt IV

850 Peer-Reviewed Papers Supporting Skepticism of "Man-Made" Global Warming (AGW) Alarm

NRW plant scharfes Klimaschutz-Gesetz